

Ökologisches Bauen in MV

BUND Infobrief für Kommunen in MV

AKTUELLES



10. Kongress: Klimaneutrale Kommunen



Der 10. Kongress Klimaneutrale Kommunen findet am 22. und 23. April online statt und wird von der Firma Solar Promotion, von Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe sowie dem Verein fesa veranstaltet. In zwölf Praxisforen informieren Referenten über die Umsetzung der Energiewende. Das Themenspektrum reicht in diesem Jahr von der Klimafolgenanpassung über nachhaltige Mobilitätskonzepte, Sektorkopplung, energetische Quartierskonzepte, interkommunale Zusammenarbeit und Windenergienutzung im ländlichen Raum bis hin zu neuen Fördermöglichkeiten, kommunalen Wärmeplänen, Wasserstoff und Power-to-X.

Programm (klimaneutrale-kommunen.de)

Fachseminare für ökologisches Bauen: Fachgerechte Strohbauplanung, 16.-17. Juli, Verden

Das Seminar behandelt kompakt die wesentlichen fachspezifischen Besonderheiten zum Bauen mit Stroh, wie z.B. Baustoffeigenschaften, Kosten, Strohbaurichtlinie und Leistungsbeschreibung. Das Seminar richtet sich speziell an Planer*innen und Handwerker*innen und wird von der Bildungswerkstatt für nachhaltige Entwicklung e.V. (BiWeNa) angeboten. Veranstaltungsort ist das Norddeutsche Zentrum für Nachhaltiges Bauen in Verden. www.biwena.de/events/fachgerechte-strohbauplanung

Weitere aktuelle Termine unter www.energiewende-mv.de

Förderaufruf: kommunale & gewerbliche Elektromobilitätskonzepte, 17. Mai

Ab sofort können Kommunen, kommunale und erstmals auch gewerbliche Unternehmen Anträge auf die Förderung von anwendungsorientierten Elektromobilitätskonzepten stellen. Konzeptinhalte können die Elektrifizierung kommunaler und gewerblicher Flotten und Fuhrparks inklusive Ladeinfrastruktur; die Grundlagen zum Aufbau einer kommunalen/regionalen öffentlichen Ladeinfrastruktur oder die Integration kommunaler bzw. gewerblicher E-Fahrzeuge in intermodale Verkehrs- und Logistikkonzepte und Mobilitätsdienstleistungen betreffen. Anträge können bis 17. Mai über das easyonline-Portal an den Projektträger Jülich eingereicht werden. www.now-gmbh.de



Weitere aktuelle Förderaufrufe unter www.energiewende-mv.de

Petition: Energiecharta-Vertrag stoppen und Energiewende retten!

Der Energiecharta-Vertrag (ECT) erlaubt den Energiekonzernen entgangene Gewinne einzuklagen, wenn Staaten den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas beschleunigen. Den Steuerzahlern drohen damit Milliardenzahlungen. Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik wird so ausgebremst. Wenn Deutschland und die EU nicht schnellstmöglich aus dem Energiecharta-Vertrag aussteigen, drohen ihnen Klagen in Milliardenhöhe! Jede Unterschrift dagegen hilft!

Infos & Unterschreiben unter [Energiecharta-Vertrag stoppen – Energiewende retten! – PowerShift](http://Energiecharta-Vertrag-stoppen-Energiewende-retten!-PowerShift)

Virtuelle Baustelle: Baumaterialien aus NawaRo

Die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) bietet eine virtuelle Baustelle an, die als Orientierung und Argumentationshilfe bei Neubau oder Sanierung von Gebäuden mit Bau- und Dämmmaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen dient. Mit der virtuellen Baustelle vermittelt die FNR Bau- und Sanierungswilligen komprimiertes Wissen über umweltverträgliche Bau- und Dämmstoffe und erleichtert die Suche nach dem geeigneten Produkt oder Detail. Mit Hilfe einer interaktiven Hausgrafik, können sich Nutzer per Mausklick vom Keller bis zum Dach über geeignete Wand- und Deckenaufbauten sowie über Energiestandards und Heizsysteme informieren und konkrete Produkte auswählen. Links zu Fördermöglichkeiten, Produktdatenblättern und FNR-Publikationen ergänzen das Angebot. <https://hausbau.fnr.de/>



Grafik: FNR

WIEN: STÄDTE ALS ROHSTOFFLAGER - BAUEN IM KREISLAUF

Nach der Auffassung, Städte als wertvolles Materiallager zu nutzen (urban mining), und das hohe Abfallaufkommen bei Umbau oder Abriss zu reduzieren, wird die Stadt Wien bei ihren Bauprojekten künftig das Kreislaufwirtschaftsmodell nutzen. Festgesetzt ist das in der *Smart City Wien Rahmenstrategie 2020-2050*. Die TU Wien arbeitet bereits an einem Ressourcenkataster, welches anzeigt, wann welche verbrauchten Ressourcen wieder frei werden. Da allein der städtische Abbau nicht reicht, soll für den Ressourcenkreislauf von Bau- und Materialwirtschaft die ganze Baubranche einbezogen werden. Bis 2050 sollen so 80% der Bauteile und Materialien wiederverwendet werden. Dafür braucht man vernetzte Strukturen und standardisierte Prozesse: Beschaffungsverantwortliche brauchen etwa eine Übersicht zu Planungs- und Architektenbüros, die integrale Bauprozesse gestalten können. Diese wiederum benötigen Informationen zu verfügbaren Sekundärprodukten. Ein wichtiger Puzzlestein ist hierbei ein gebündelter und koordinierter Markt für Sekundärprodukte. Bau und Abbau müssen für die Realisierung regionaler Wiederverwendung synchronisiert sein. Wie das urban mining zum wirtschaftlich selbsttragenden Marktplatz wird, wurde nun in einem Wettbewerb ausgetragen.

Von der Planung bis zum Abriss – den Baukreislauf neu organisieren (ioeb-innovationsplattform.at)



Grafik: Stadt Wien

AACHEN: SOLARKAMPAGNE FÜR MEHR SOLARENERGIE VOM DACH



Foto: Stadt Aachen

Die Stadt Aachen startete jüngst eine Solarkampagne und fördert so den Ausbau von Solaranlagen auf privaten Dächern. Ziel ist, möglichst viele private und gewerbliche Hauseigentümer zu motivieren, Strom und Wärme mit Sonnenenergie zu produzieren. Die Stadt stellt dazu 1 Mio € Fördermittel in diesem Jahr und laufende Beratungsangebote zur Verfügung. Die Zuschüsse können für Photovoltaikanlagen, für Balkon-Steckermodule und Solarthermieanlagen abgerufen werden. Die Höhe richtet sich nach der Größe der Anlage. Nach Untersuchungen der Stadt sind viele Dächer für Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen geeignet. Die Fläche entspricht

insgesamt knapp 500 Fußballfeldern (245 ha). Würden dort überall Anlagen installiert, könnte man damit rein rechnerisch den Stromverbrauch aller Haushalte in Aachen decken.

Auch die Stadt selbst macht mit. Gut die Hälfte des eigenen kommunalen Stromverbrauchs soll künftig über eigene Photovoltaikanlagen gedeckt werden.

Jochen Lowis, Klimaschutzmanager, Tel. 0241 43236709, solar@mail.aachen.de, www.aachen.de

SCHOTTERGÄRTEN: UNZULÄSSIG & UNVERANTWORTLICH

Immer mehr Grünflächen vor Gebäuden werden zu Schottergärten umgewandelt. Das ist mit einer Vollversiegelung und dem Verlust aller ökologischen Funktionen gleichzusetzen. Der humusreiche Oberboden wird abgetragen, undurchlässiges Vlies oder Folien aufgelegt und Steinmaterial darauf verteilt. Bepflanzt werden Schottergärten gar nicht oder häufig mit fremden Arten wie Thuja, Kirschlorbeer oder Pampasgras. Die zunehmende Bedrohung von Insekten, Vögeln und Fledermäusen, selbst bei zuvor häufigen Arten, verlangt jedoch einen verantwortungsvollen Umgang, sprich eine naturnahe Begrünung von Gartenflächen. Bei Schottergärten ist genau das Gegenteil der Fall: Das Bodenleben stirbt. Niederschlag kann nicht mehr gespeichert werden. Der Schotter heizt sich bei Sonne stark auf und hält diese Wärme auch über Nacht. Dabei steigt schon jetzt die Anzahl tropischer Nächte im Sommer. Die fehlende oder exotische Bepflanzung verwehrt Insekten und anderen kleinen Tieren Nahrung und Lebensraum. Lärmemissionen werden durch Schotter verstärkt. Die Auffassung, Schottergärten seien pflegeleicht, bestätigt sich nur in den ersten Monaten. Danach sammeln sich Sand und Staub in den Zwischenräumen und Unkraut keimt. Das zu jäten, ist sehr aufwändig, sodass der Griff zu Pflanzengiften nahe liegt.

Schottergärten sind nach Landesbauordnung unzulässig! Das Gesetz besagt, dass unbebaute Flächen auf bebauten Grundstücken zu begrünen und zu bepflanzen sind. Bauaufsichtsbehörden müssten das kontrollieren und ahnden. Auf kommunaler Ebene können Schottergärten über Satzungen oder Festsetzungen in B-Plänen untersagt werden. Zumindest sollte dringend über das landesweite Verbot und die ökologischen Nachteile aufgeklärt werden! www.energiewende-mv.de



Foto: BUND

BUND-Projekt "Ökologisches Bauen in MV", Susanne Schumacher, Hermannstr. 36, 18055 Rostock

susanne.schumacher@bund.net, www.energiewende-mv.de

Das Projekt wird gefördert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Europäischen Union und die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE).



Europäische Union
Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung

